

**Mitteilung des Senats  
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)  
vom 10. November 2020**

**„Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Bestimmung der zuständigen Behörde für die Durchführung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und der Anlagenüberwachung für Vorhaben am Betriebsstandort Berne der Firma Lürssen Werft GmbH & Co. KG, Bremen“**

Der Senat unterrichtet die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hiermit gemäß Landesverfassung über den Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen.

Die Firma Lürssen Werft GmbH & Co. KG, Bremen betreibt am Standort Berne ein Werftgelände. Dieses liegt zum Teil auf bremischem Gebiet und zum Teil auf niedersächsischem Gebiet. Aktuell liegt ein Antrag der genannten Firma zum temporären Betrieb eines Schwimmdocks vor. In Zukunft ist damit zu rechnen, dass an diesem Standort des Öfteren Schiffsbauvorhaben abgewickelt werden. Deshalb ist eine dauerhafte Regelung über die Zuständigkeiten für den Standort (Genehmigung und Überwachung) zu treffen.

Die Firma Lürssen Werft GmbH & Co. KG hat in einer Dringlichkeitserklärung vom 11.02.2020 die Erforderlichkeit eines Staatsvertrages der Länder Bremen und Niedersachsen betont (s. **Anlage 1**), da ein konzentriertes, einheitliches Vorgehen mit Verfahrenskonzentration und Anlagenüberwachung als vorteilhaft angesehen wird.

Mit dem Staatsvertrag (s. **Anlage 2** Entwurf eines Staatsvertrages mit **Anlage 3** Werks- und Gebäudeplan) sollen die Befugnisse für die Durchführung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren und für die Anlagenüberwachung auf bremischem Gebiet von der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen auf das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg übertragen werden. Mit der Aufgabenübertragung wird gewährleistet, dass für die Vorhaben an dem Betriebsstandort Berne nur ein Genehmigungsvorhaben mit vollständiger Verfahrenskoordination und der Anlagenüberwachung in einer Hand geführt wird. Das bezieht sich sowohl auf das laufende Genehmigungsverfahren zum temporären Betrieb eines Schwimmdocks für den Neubau einer Jacht als auch auf zukünftige Verfahren.

Der Senat hat die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf seiner Sitzung am 27. Oktober 2020 ermächtigt, eine Vereinbarung gemäß § 6 des Staatsvertrages zu unterzeichnen.

### **Beschlussvorschlag**

Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag), den Entwurf des in 1. genannten Staatsvertrags zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Bestimmung der zuständigen Behörde für die Durchführung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und der Anlagenüberwachung für Vorhaben am Betriebsstandort Berne der Firma Lürssen Werft GmbH & Co. KG, Bremen zur Kenntnis zu nehmen.

Anlagen:

1. Dringlichkeitserklärung der Firma Lürssen Werft GmbH & Co. KG vom 11.02.2020
2. Entwurf eines Staatsvertrages (Stand: 27.08.2020)
3. Werks- und Gebäudelageplan als Anlage zum Staatsvertrag

Fr. Lürssen Werft GmbH & Co. KG  
Zum Alten Speicher 11 · 28759 Bremen · Germany

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg  
Theodor-Tantzen-Platz 8  
26122 Oldenburg

Dr. Uwe Kessen <sup>N</sup>  
+49 421 6604 - 475 <sup>T</sup>  
Uwe.Kessen@luerssen.de <sup>E</sup>

11. Februar 2020

## **Dringlichkeitserklärung für einen Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Bremen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Dringlichkeitserklärung für den zu schließenden Staatsvertrag betrifft eine Baugenehmigung, die das temporäre Verlegen des Docks 10 von Hamburg nach Berne umfasst und somit Grundvoraussetzung und Bedingung für die Abwicklung eines großen Schiffneubauprojektes namens "OPERA" ist.

Da der Kunde besonderen Wert auf die Ausrüstung und finale Fertigstellung seines Schiffes bei der Fr. Lürssen Werft legt und keine weiteren Bauplätze zur Abwicklung verfügbar sind, ist die Durchführung dieses Auftrags in Berne unbedingt erforderlich und für die Fr. Lürssen Werft von höchster Bedeutung. Bei diesem Auftrag handelt es sich um das Nachfolgeprojekt des durch den Großbrand verlorenen Neubaus, welches insbesondere durch das erneute Vertrauen des Kunden eine überaus große Bedeutung für die internationale Reputation unseres Unternehmens besitzt. Dabei ist ein Liefertermin abzusichern, der nur durch die Verlegung des Docks 10 nach Berne zu erreichen ist. Dieser Auftrag sichert somit die Marktposition und Auslastung der Fr. Lürssen Werft beim Bau von Mega-Yachten und stärkt den Wirtschaftsstandort in Bremen und Niedersachsen im Schiffbau.

Im nördlichen Randbereich verläuft die Landesgrenze zwischen Bremen und Niedersachsen durch den Betriebsteil Berne der Fr. Lürssen Werft, wobei der wesentlich größere Flächenteil in Niedersachsen liegt. Der Staatsvertrag ist dringend anzustreben, um die Zuständigkeiten zwischen

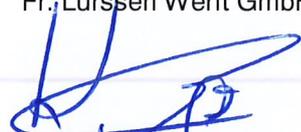
den Behörden der Länder zu regeln und um das Verfahren zur Baugenehmigung „OPERA in Berne“ zu beschleunigen.

Daher möchten wir Sie höflichst bitten, die Dringlichkeit dieses Staatsvertrags zu berücksichtigen, um uns die nötige Rechtssicherheit und Verlässlichkeit für dieses überaus wichtige Vorhaben zu verschaffen.

Wir danken Ihnen für ihre kooperative Zusammenarbeit und stehen Ihnen bei Fragen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

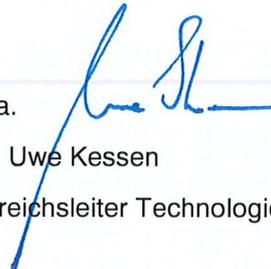
Fr., Lürssen Werft GmbH & Co. KG

  
Dr. Klaus Borgschulze  
Geschäftsführer

ppa.

Dr. Uwe Kessen

Bereichsleiter Technologie



*Stand: 01.10.2020*

**Staatsvertrag**

**zwischen**

**der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen**

**über die Zuständigkeit für die Durchführung von**

**immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren und die Anlagenüberwachung**

**für ein Vorhaben der Lürssen Werft GmbH & Co.KG am Betriebsstandort Berne**

Das Land Niedersachsen, vertreten durch den Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch den Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz,

und

die Freie Hansestadt Bremen, vertreten durch die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau,

schließen vorbehaltlich der Zustimmung ihrer verfassungsmäßig berufenen Organe folgenden Staatsvertrag:

**Präambel**

Dieser Staatsvertrag trifft Regelungen für ein länderübergreifendes Vorhaben der Lürssen Werft GmbH & Co. KG am Betriebsstandort Berne.

Anlass des Staatsvertrags ist das Vorhaben der Lürssen Werft GmbH & Co. KG, ein Schwimmdock für den Neuaufbau einer Yacht auf dem Betriebsgelände der Lürssen Werft GmbH & Co.KG in Berne temporär in Betrieb zu nehmen. Das Schwimmdock hat eine Länge von circa 288 Metern und eine Breite von circa 54 Metern. Es soll eine Position beginnend ab circa 75 Metern südöstlich der Schiffshebeanlage an der Kaje einnehmen, die sich in folgendem Bereich befindet: Bremen Gemarkung VR 136, Flur 136, Flurstücke 532/8, 532/11 und 532/10, und Gemarkung VR 137, Flur 137, Flurstück 271/7, sowie Berne Gemarkung Warfleth, Flur 5, Flurstücke 20/87, 24/20, 21/13, 21/22 und 24/33. Das Schwimmdock soll sich somit zum Teil auf dem Gebiet der Freien Hansestadt Bremen und zum ganz überwiegenden Teil auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen befinden. Eine zeichnerische Darstellung findet sich in dem als *Anlage* beigefügten Werks- und Gebäudeplan.

Das Vorhaben bedarf der Erteilung einer Änderungsgenehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit Nummer 3.18 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen.

Durch diesen Staatsvertrag werden die Befugnisse zur Durchführung des Verfahrens zur Genehmigung einer immissionsschutzrechtlich relevanten Anlage sowie zur Überwachung dieser Anlage auf

bremischem Gebiet von den jeweils zuständigen bremischen Behörden auf das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg (GAA Oldenburg) übertragen. Ferner erfasst der Staatsvertrag künftige, mit dem temporären Betrieb des Schwimmdocks zusammenhängende immissionsschutzrechtliche Verfahren. Dazu zählen insbesondere Änderungsanzeigen und -genehmigungen nach den §§ 15 und 16 BImSchG. Die Aufgabenübertragung dient der Verfahrensvereinfachung und ermöglicht die Genehmigung des Vorhabens in einem statt mehreren Verfahren.

## **§ 1**

### **Übertragung der Befugnisse, zuständige Behörde**

(1) Die Freie Hansestadt Bremen überträgt dem Land Niedersachsen die immissionsschutzrechtlichen Aufgaben und Befugnisse (insbesondere Genehmigung, Überwachung und nachträgliche Anordnungen) für das Vorhaben der Lürssen Werft GmbH & Co. KG am Betriebsstandort Berne, soweit sich diese auf bremisches Gebiet beziehen.

(2) Zuständige Behörde für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben und die Wahrnehmung der Befugnisse ist das GAA Oldenburg.

## **§ 2**

### **Mitwirkung und Information**

(1) Zu allen Verfahrenshandlungen, die Außenwirkung entfalten, stellt das GAA Oldenburg das Benehmen mit der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen her.

(2) Abweichend von Absatz 1 trifft das GAA Oldenburg Entscheidungen im Rahmen der Anlagenüberwachung, insbesondere auf der Grundlage der §§ 17, 20 und 21 BImSchG, die einen auf bremischem Gebiet befindlichen Anlagenteil betreffen oder Auswirkungen auf bremisches Gebiet haben, im Einvernehmen mit der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen.

(3) Soweit sich das Vorhaben oder die Anlagenüberwachung auf bremisches Gebiet auswirkt, weist das GAA Oldenburg im Rahmen von Verfahrenshandlungen oder Entscheidungen in geeigneter Weise – insbesondere im Zuge von Bekanntmachungen - auf diese Aufgabenübertragung hin.

## **§ 3**

### **Anzuwendendes Landesrecht**

<sup>1</sup>Für die Erfüllung der im Rahmen dieses Staatsvertrags übertragenen Aufgaben und Befugnisse ist neben Bundesrecht ausschließlich niedersächsisches Landesrecht anzuwenden. <sup>2</sup>Dies gilt auch für die Frage, ob es vor einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren eines Vorverfahrens bedarf.

## **§ 4**

### **Kosten**

<sup>1</sup>Schließt das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren Verfahrenshandlungen bremischer Behörden ein, so bezieht das GAA Oldenburg den dadurch entstandenen Aufwand in die Höhe der festzusetzenden Gebühr ein, wenn nach den niedersächsischen Kostenvorschriften der Kostenaufwand anderer Behörden bei der Höhe der festzusetzenden Kosten zu berücksichtigen ist. <sup>2</sup>Das GAA

Oldenburg führt im Innenverhältnis die auf diesen Aufwand entfallenden Kostenbeträge an die bremischen Behörden ab, soweit diese Kostenabführung nach den niedersächsischen Kostenvorschriften vorgesehen ist.

## **§ 5**

### **Sonstige Amtshandlungen**

(1) Soweit sich weitere Verwaltungsmaßnahmen als notwendig erweisen, sind diese von den dafür nach Landesrecht zuständigen Behörden selbst wahrzunehmen.

(2) Die landesrechtlichen Vorschriften und Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bleiben unberührt.

## **§ 6**

### **Künftige länderübergreifende Vorhaben**

Die Freie Hansestadt Bremen und das Land Niedersachsen sind berechtigt, (Zuständigkeits-) Regelungen für zukünftige länderübergreifende Vorhaben der Lürssen Werft GmbH & Co. KG am Betriebsstandort Berne, die in die Zuständigkeit des GAA Oldenburg und der bremischen Behörde fallen, durch Vereinbarung zwischen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und dem für Immissionsschutzrecht zuständigen Ministerium des Landes Niedersachsen zu regeln.

## **§ 7**

### **Inkrafttreten**

(1) <sup>1</sup>Dieser Staatsvertrag bedarf der Ratifikation. <sup>2</sup>Die Ratifikationsurkunden werden ausgetauscht.

(2) Dieser Staatsvertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

Hannover, den ....

Bremen, den ....

Für das Land Niedersachsen:

Für die Freie Hansestadt Bremen:

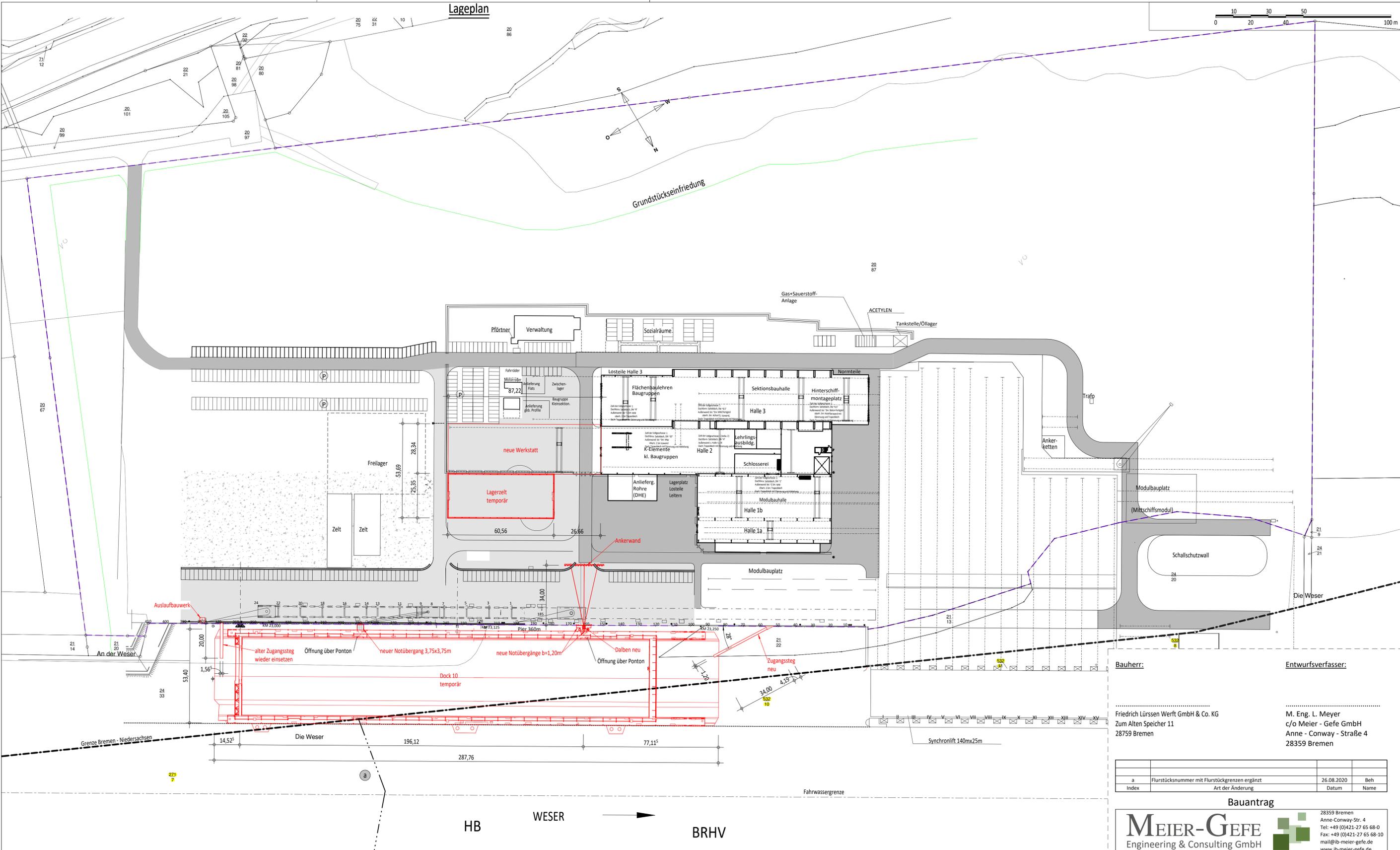
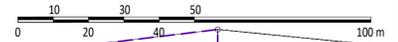
Für den Ministerpräsidenten:

Für den Senat der Freien Hansestadt Bremen:

Der Minister für Umwelt, Energie,  
Bau und Klimaschutz

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt,  
Mobilität, Stadtentwicklung und  
Wohnungsbau

Lageplan



R:\ANR\2019\A 19 175\_FLW\_Infrastruktur\_Betriebsteil\_Berne\08\_Zeichnungen\02\_Entwurf\Zusammenbau Lageplan\_Berne\_BA2a\_20200826.rvt

**Bauherr:**  
Friedrich Lürssen Wert GmbH & Co. KG  
Zum Alten Speicher 11  
28759 Bremen

**Entwurfsverfasser:**  
M. Eng. L. Meyer  
c/o Meier - Gefé GmbH  
Anne - Conway - Straße 4  
28359 Bremen

a	Flurstücksnummer mit Flurstücksgrenzen ergänzt	26.08.2020	Beh
Index	Art der Änderung	Datum	Name

**Bauantrag**

**MEIER-GEFÉ**  
Engineering & Consulting GmbH

28359 Bremen  
Anne-Conway-Str. 4  
Tel: +49 (0)421-27 65 68-0  
Fax: +49 (0)421-27 65 68-10  
mail@ib-meier-gefede.de  
www.ib-meier-gefede.de

<b>Opera in Berne</b>			
Bauherr:			
Auftrags-Nr.:	<b>Lageplan</b>		
<b>A 19 175</b>			
Zeichnungs-Nr.:	A19175_BA2a	gezeichnet:	09.06.2020
Maßstab:	Wie angezeigt	geprüft:	
Blattgröße:	A1	gesehen:	

- Legende:**
- Landesgrenze Bremen Niedersachsen
  - Grundstückseinfriedung
  - Grundstücksgrenze
  - Neubau
  - Abbruch

HB      WESER      BRHV